

Bündniszeitung Menschenrechte grenzenlos



Derechos Humanos sin fronteras

حقوق الانسان بلا حدود

Sinirsiz İnsan Hakları

Права человека без ограничений

حقوق بشر مرزی نمی شناسد

Ljudska prava bez granica

Human rights without limits

ადამიანის უფლებები საზღვრების გარეშე

Mafên mirovan bêsinor

Droits de l'homme sans limites

ما فوو بی سنه ورو مه روو فی

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht!

Jutta Meyer-Wiedenbach – Bündnis „Menschenrechte grenzenlos“

Seit nun fast zwei Jahren ist durch das Corona Virus das Thema Gesundheit in aller Munde.

Im Bündnis Menschenrechte grenzenlos haben sich 20 Organisationen und Initiativen in Hannover und Niedersachsen zusammengeschlossen, um jährlich in den Wochen um den internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember eine Veranstaltungsreihe zu organisieren. Begleitend veröffentlichen wir diese Bündniszeitung. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf sozialer Gerechtigkeit, dem Recht auf Gesundheit und dem Zugang zu Gesundheitsversorgung. Aus unterschiedlichen Perspektiven äußern sich die Autor*innen zu diesem Thema. Beiträge sowohl zu nationalen wie auch zu internationalen Themen lenken die Aufmerksamkeit auf die - teils sehr ungleichen - Möglichkeiten der Menschen, das Recht auf Gesundheitsversorgung in An-

spruch zu nehmen. Wie sieht es zum Beispiel mit der globalen Verteilung des COVID-19-Impfstoffs aus, wie mit der psychischen Gesundheit Geflüchteter in Deutschland oder der Versorgung von Menschen ohne Papiere?

Soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Gesundheit

Am **12. November** heißen wir Sie im Pavillon herzlich willkommen zur diesjährigen **Auftaktveranstaltung „Alle gesund? - Soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Gesundheit“**. Sie wird auch als Livestream gesendet. Die Aktivist*innen Anne Jung (Medico International), Johannes Schwietering (Medinetz Hannover), Birgit Jaster (Paritätischer Verband Nds.) und Meike Siefker

(Pflegerin, ver.di) diskutieren darüber, wie der Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen sichergestellt werden kann.

Am **27. November** findet der jährliche **Aktionstag „Menschenrechte in Aktion!“** im Freizeitheim Linden statt. Vier Workshops laden zur aktiven Teilnahme ein, je nach aktuellen Auflagen in Präsenz oder online. Die Themen der Workshops reichen von Körper- und Geschlechterbildern, Antirassismus und Allyship bis hin zur Entwicklung neuer Konzepte für eine gerechte Gesundheitsversorgung.

Bitte melden Sie sich bis zum **20.11.21** für die Workshops an unter: kultur@kargah.de
Alle weiteren Informationen unter: www.menschenrechte.kargah.de



Solidaritäts-Inzidenzwert: Null

Anne Jung, medico international



Auch in der Pandemie geht es darum, was Vorrang hat: Recht auf Profit oder Menschenrechte? Die wichtigste Debatte der globalen Gesundheitspolitik in Zeiten der Pandemie – die Patent-Freigabe – wird nicht bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sondern bei der Welthandelsorganisation (WTO) geführt. Auch angesichts von 216 Millionen Infizierten und viereinhalb Millionen Toten wird das Gesundheitswissen weiterhin als Handelsware betrachtet. Hätte die Politik der Industrienationen auf den globalen Süden, die Weltgesundheitsorganisation und die Zivilgesellschaft gehört, würden die Medien über den Ausbau der Impfstoff-Produktion berichten und nicht über die Börsenkurse von Pharmaunternehmen.

Um den globalen Bedarf zu decken, müssen die Produktionskapazitäten ausgeweitet werden. Lediglich 0,5 Prozent der Impfdosen gehen aktuell an die 30 ärmsten Länder des globalen Südens, während hierzulande mehr als drei Millionen Impfdosen zu verfallen drohen. Die arm gehaltenen Länder werden zum Teil noch Jahre auf eine ausreichende Versorgung warten müssen. Armut und Hunger werden zunehmen.

Süd-Ansätze wurden torpediert

An Alternativen mangelt es nicht. Kurz nach dem Ausbruch der Pandemie machte Costa Rica den

großartigen Vorschlag, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) solle das Wissen und die notwendigen Technologien zu COVID-19 bündeln. Damit könnten Produkte schneller entwickelt, zugelassen und überall zur Verfügung gestellt werden. Der Versuch scheiterte, weil die reichen Länder die Pharmafirmen nicht dazu verpflichteten und die WHO schlicht ignorierten.

Nach dem Scheitern des Technologietransfers folgte Süd-Initiative Nummer zwei: Bereits im Herbst 2020 beantragten die Regierungen von Indien und Südafrika bei der WTO eine weitreichende Ausnahmeregelung im TRIPS-Abkommen, in dem Patentfragen und andere handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums geregelt sind.

Gebraucht werde eine global vereinbarte und in der WTO verankerte Verzichtserklärung (Waiver) von Patentrechten auf COVID-19 Medizinprodukte; nicht für immer, sondern nur bis die Weltbevölkerung eine Immunität gegen das Virus

entwickelt hat. Das würde eine bedarfsorientierte Produktion durch mehr Hersteller ermöglichen und zu bezahlbaren Preisen und Schutz vor Klagen durch die Industrie führen. Vielen Ländern, die in globaler Verantwortung handeln könnten – allen voran Deutschland –, fehlte der politische Wille, über ihre eng definierten nationalen (Wirtschafts-)Interessen hinauszugehen; und denjenigen, die die Chance für globale Solidarität ergreifen wollen, fehlen die Mittel und die Macht. Nicht nur die Torpedierung des Waiver, auch das TRIPS-Abkommen selbst symbolisiert die Dominanz einer Ordnung, die gerade bis zur letzten Impfdosis verteidigt wird. Schon beim Zustandekommen des Abkommens 1994 war absehbar, dass die Ausgeschlossenen der Welt dadurch bei der Gesundheitsversorgung auf der Strecke bleiben würden. Doch die Industrienationen haben es mit dem Pharmariesen Pfizer und Großkonzernen wie Microsoft gegen alle Widerstände des globalen Südens durchgesetzt.

Die Welt hätte die Kraft, die Pandemie einzudämmen

Fast 70 WTO-Mitglieder unterstützen inzwischen den Waiver. Das Zentrum der „Koalition der Unwilligen“ bilden Deutschland und die Europäische Kommission. Um ihre Blockadehaltung zu legitimieren, behaupten viele Politiker:innen und Pharmafirmen, es gäbe im globalen Süden keine geeigneten Produktionsstätten. Das ist nicht nur falsch, es ist auch rassistisch. Länder wie Südafrika, Senegal oder Ägypten könnten in Windeseile umrüsten, um mRNA-Impfstoffe herzustellen – flankiert von einem Technologietransfer. Auch Indien, Bangladesch, Pakistan und viele Länder Lateinamerikas könnten die ersehnten Impfstoffe produzieren.

Die Entwicklung mehrerer wirksamer COVID-19-Impfstoffe zeigt, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist und (öffentliche) Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der aktuelle Moment ist wie geschaffen für eine breitere globale Bewegung, um das Recht auf bestmöglichen Zugang zu Gesundheit allumfassend und universell zu erstreiten – in der Pandemie und darüber hinaus.

Kontakt: Anne Jung, jung@medico.de

ALLE GESUND?

Auftaktveranstaltung mit Podiumsdiskussion
im Kulturzentrum Pavillon
Weitere Infos: siehe Rückseite

**FR, 12.11.
19 UHR**

All human beings are born free and equal in dignity and rights



Bild: Dimitrij Czepurnyi

Access to healthcare is a human right!

Eng

¡El acceso a la asistencia sanitaria es un derecho humano!

Esp

Jutta Meier-Wiedenbach – Bündnis „Menschenrechte grenzenlos“

For almost two years now, COVID has been top news.

The 'Bündnis Menschenrechte grenzenlos' consist of 20 organisations and initiatives in Hanover and Lower Saxony that each year organize a series of events around the international human rights day December 10th. We also publish a paper accompanying the events. The main focus this year lies on social justice and the right to health and access to healthcare.

The authors express themselves on this topic from different perspectives. Contributions to both national and international topics draw attention to the sometimes very unequal possibilities of people to avail themselves of the right to health care. For example, what about the global distribution of the COVID-19 vaccine, what about the mental health of refugees in Germany or the care of people without papers?

On November 12th, we welcome you at the Pavillon to the kickoff event "Everyone healthy? - Social Justice and the Right to Health" which will also be live-streamed. Four activists discuss how access to healthcare can be guaranteed for all.

On November 27th, the yearly day of action "Human Rights in Action" will take place at the Freizeitheim Linden. Four workshops invite you

to actively participate - depending on COVID requirements in presence or online. The topics of the workshops include body and gender stereotypes, anti-racism and allyship and developing new concepts for a just healthcare system. Please register for the workshops by mail until November 20th 2021: kultur@kargah.de

For further information check: www.menschenrechte.kargah.de

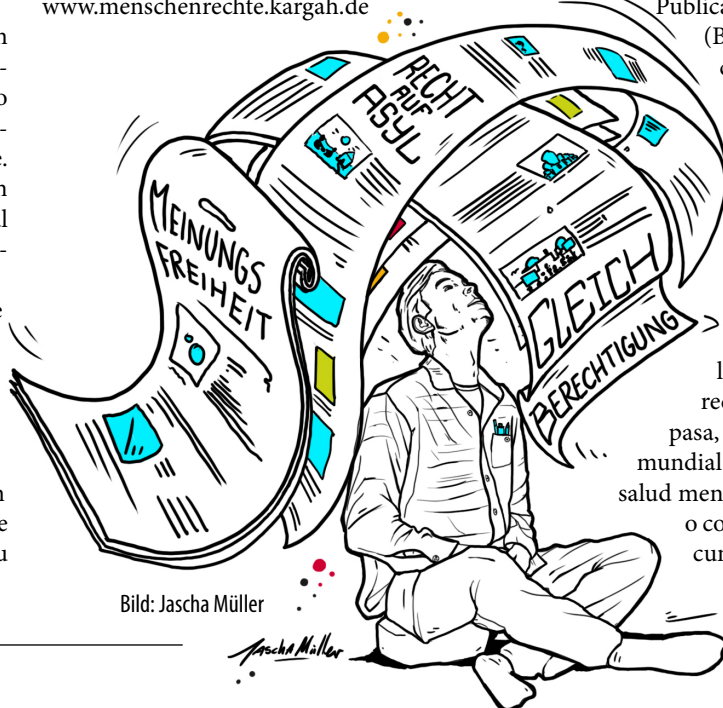


Bild: Jascha Müller

Desde hace casi dos años, el tema "salud" ha estado en boca de todos debido al Corona Virus. A la 'Bündnis Menschenrechte grenzenlos' (Alianza de los Derechos Humanos Sin Fronteras), se han unido 20 organizaciones e iniciativas en Hanóver y Baja Sajonia para organizar una serie de eventos alrededor del 10 de diciembre por el Día Internacional de los Derechos Humanos, que tiene lugar durante varias semanas cada año.

Publicaremos, además, este periódico (Bündniszeitung), cuyo enfoque se centra este año en la justicia social, el derecho a la salud y el acceso a la asistencia sanitaria.

Varios autores se expresan sobre este tema desde diferentes perspectivas. Las contribuciones a temas tanto nacionales como internacionales dirigen la atención sobre las posibilidades, a veces muy desiguales, de las personas para hacer uso del derecho a la asistencia sanitaria. ¿Que pasa, por ejemplo, con la distribución mundial de la vacuna COVID-19 o con la salud mental de los refugiados en Alemania o con el cuidado de las personas indocumentadas?

El 12 de noviembre les invitamos al evento de este año „Alle gesund? - Soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Gesundheit“ ("¿Todos sanos? - Justicia Social y Derecho a la Salud") en el Pavillon de Hanóver. El evento será transmitido simultáneamente por una plataforma de streaming. Los activistas Anne Jung (Medico International), Johannes Schwietering (Medinetz Hannover), Birgit Jaster (Paritätischer Verband Nds.) y Meike Siefker (Pflegerin, ver.di) discutirán sobre cómo podría asegurarse el acceso a la asistencia médica para todo el mundo.

El 27 de noviembre tendrá lugar el **Aktionstag „Menschenrechte in Aktion!“** (¡Derechos Humanos en Acción!) que se celebra anualmente en el Freizeitheim Linden. Cuatro talleres les invitan a venir y participar con nosotros de manera presencial u online, dependiendo de las normativas actuales. Los temas de los talleres abarcarán desde imágenes corporales y de género, antirracismo y alianza, hasta el desarrollo de nuevos conceptos para una atención médica equitativa. Por favor regístrese en los talleres hasta el 21 de noviembre de 2021, enviando un correo electrónico a kultur@kargah.de

Más información en: www.menschenrechte.kargah.de

Pers

دسترسی به مراقبت های بهداشتی از حقوق بشر است!

نژادپرستی و اتحاد برای توسعه ی مفاهیم جدید برای مراقبت ها بهداشتی عادلانه است. خواهشا تا 20 نوامبر 2021 اینجا ثبت نام kultur@kargah.de

اطلاعات بیشتر اینجا:
www.menschenrechte.kargah.de

چهار کنشگر در این رابطه در گفتگو هستند که چگونه نحوه ی دسترسی به مراقبت های بهداشتی تضمین می گردد. این برنامه را می توان آنلاین در پخش زنده دنبال کرد. در 27 نوامبر روز اقدام "حقوق بشر در عمل" در خانه ی اوقات فراغت لیندن در چهار کارگروه آموزشی شما دعوت می شوید که فعال در این زمینه شرکت کنید. موضوعات کارگروه ها در زمینه ی بدن، جنسیت، علیه

ما با این روزنامه این برنامه ها را همراهی می کنیم. تمرکز امسال بر عدالت اجتماعی و حق بهداشت و دسترسی به مراقبت های بهداشتی است. در مراسم افتتاح برنامه های اتحاد در روز 12 نوامبر در پاولیون شما را صمیمانه خوش آمد می گوئیم. رویداد آغازین همه سالم؟ عدالت اجتماعی، حق سلامت

یوتا مایر ویدنباخ "اتحادیه حقوق بشر بدون مرز" تقریباً دو سال است که موضوع سلامتی به دلیل ویروس کرونا بر سر زبان ها افتاده است. اتحادیه و روزنامه حقوق بشر بدون مرز هانوفر دارای 20 سازمان و ایده ی ابتکاری در هانوفر است. و نیدرزاکسن سالانه در روز جهانی بین المللی حقوق بشر در 10 دسامبر مجموعه ای از برنامه ها را ترتیب می دهد.

Erklärung der Veranstaltungssymbole:



Präsenz und Stream



Nur Präsenz



Nur Stream

"Die Sicherheit afghanischer Frauen im Schatten des Krieges"

Siavash Osmani, Künstler

Pers



Was meine Seele mehr schmerzt als der Krieg selbst, sind das Schweigen und die Gleichgültigkeit der Welt angesichts all dieses Leidens.

Was mit afghanischen Frauen geschieht, lässt sich nicht in Worte fassen. Die Kunst ist nicht in der Lage, dieses Leiden zu beschreiben. Wie kann eine Frau im Griff einer patriarchalischen Gesellschaft überleben, deren ganzer Körper nach vierzig Jahren Krieg krank und korruptiert ist? Während die Welt stumm zusieht, als ob sie diese Live-TV-Show genießen würde.

Diese Show, welche die Sowjetunion begann, wurde von den Vereinigten Staaten vollendet. Seitdem hinterließ jedes andere Land, das an der Show teilnahm, den Menschen dieses Landes nichts außer Verletzungen und Leiden.

Um das Leiden einer afghanischen Frau zu verstehen, muss man einfach eine afghanische Frau sein. Kein Band der Sympathie und Ehre kann auch nur annähernd an ihre Erfahrungen heranreichen. Dieses Leiden hat keine Zuflucht in dieser Welt. Eine wütende, patriarchalische Gesellschaft unterdrückt den Bruder, den Vater, den Ehemann und das Kind dieser Frau. Ihr wurde die Gewalt eines halben Jahrhunderts Krieg auferlegt.

Das Leid der afghanischen Frau bildet das Hauptopfer dieser großen Zerstörung, dieses beschämenden, globalen Skandals!

Was konnte ich als Künstler anderes tun, als über die Not der Frauen meines Landes mittels Farbe und Leinwand und mit Hilfe meiner Malerei zu trauern!

آنچه بیشتر از خود جنگ روح من را می آزارد، سکوت و بی تفاوتی جهان در مقابل این همه درد و رنج است.

آنچه بر زنان افغان می گذرد را نمی توان در قالب کلام گنجاند، هنر در وصف این رنج عاجز است. چگونه یک زن در چنگال جامعه ی مردسالاری که بعد از چهل سال جنگ تمام پیکره اش بیمار و فاسد گشته است، بتواند دوام بیاورد.

آنهم در حالی که جهانیان با لبان دوخته به نظاره نشسته اند و گویی که از این شو زنده تلویزیونی لذت می برند. نمایشی که شوروری آغاز کرد، آمریکا کار ناتمام آنها را به اتمام رساند و از آن پس هر کشور دیگری که پا در این شو نهاد بجز جراحت و رنج و عذاب چیزی برای مردم این سرزمین بر جای نگذاشت.

برای آنکه درد و رنج یک زن افغان را بفهمی فقط و فقط باید یک زن افغان باشی. هیچ روح همذات پندار و شریفی نمی تواند حتی به تجربه ی او نزدیک شود.

او هیچ پناهی در این جهان ندارد، جامعه مرد سالار خشونت طلب، برادر، پدر، شوهر و فرزند او را سرکوب می کند و خشونت که حاصل نیم قرن جنگ است بر او تحمیل شده است. اوست که قربانی اصلی این تباهی بزرگ این رسوایی شرمناک جهانی است. من به عنوان یک هنرمند، چه کار می توانستم بکنم، به جز چکاندن غم و بغض از وضعیت زنان سرزمینم در رنگ و بوم نقاشی ام!

Siavash Osmani (*1989) ist ein afghanischer Künstler. Kunst ist sein Sprachrohr, um eigene biografische Erfahrungen und Missstände in der Welt zu reflektieren. Unter anderem übt er Kritik an der Missachtung der Frauenrechte durch die Taliban in Afghanistan, aber auch der europäischen Migrations- und Menschenrechtspolitik.

Instagram: siavash_osmani
Kontakt:
siavash_osmani@yahoo.com

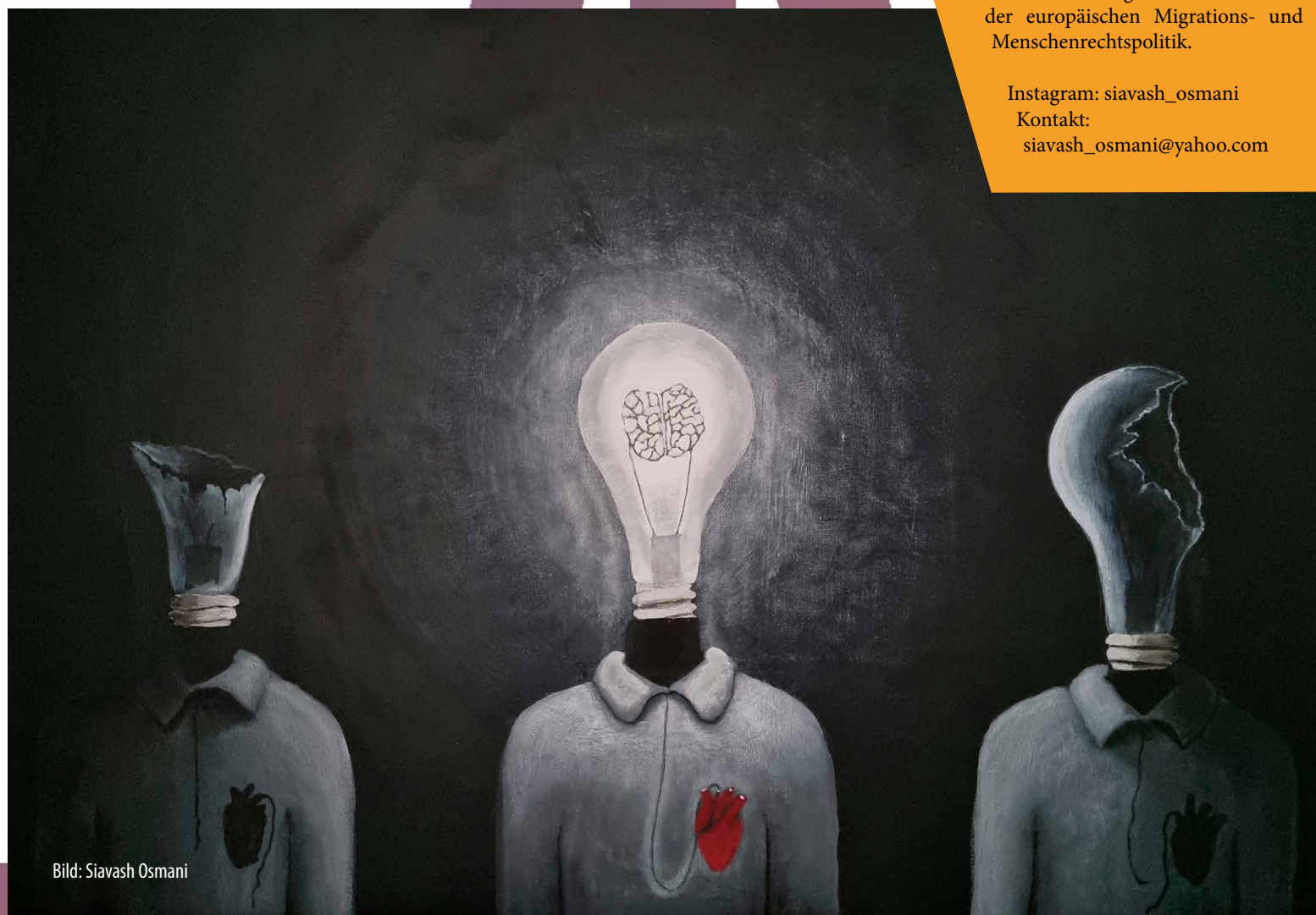


Bild: Siavash Osmani

VERANSTALTUNGSREIHE 2021

Fr, 12.11. | 19 Uhr
Auftaktveranstaltung

„Alle Gesund? – Soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Gesundheit“

“Healthy everyone? - Social Justice and the right to health”

كل شيء صحي؟ - العدالة الاجتماعية والحق في الصحة

Mehr Infos: Siehe Rückseite

So, 14.11. | 14 - 20 Uhr
Fachtagung„Engagiert gegen
Verschwörungserzählungen“

Austausch mit Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft.

“Active against
conspiracy theories”

Exchange with representatives from civil society.

مشارك ضد نظريات المؤامرة

ANTIDOT (Amadeu Antonio Stiftung
Niedersachsen)Kulturzentrum Pavillon
Lister Meile 4 | 30161 Hannover
Teilnahme: kostenlosMi, 17.11. | 18 Uhr
Online-Vortrag

„Ist das notwendig?“

Eine kritische Betrachtung des Asylbewerberleistungsgesetzes
Mit Andre Schuster (GGUA e.V.).

“Is this necessary?”

A critical view on the law for social security for asylum seekers

هل هذا ضروري؟

اعتبار دقيق لقانون مزايّا طالبي اللجوء

kargah e.V.

Anmeldung unter:
beratung@kargah.de
Teilnahme: kostenlosDo, 18.11. | 12-15 Uhr
Diskussion

„Hannover hat Platz!“

Wie schaffen wir einen sicheren Ort für traumatisierte Geflüchtete?“

Mit Vertreter*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Psychotherapie

“There's enough room in Hanover!
How do we create a safe place for traumatized refugees?”

هانوفر لديها مكان!

كيف نخلق مكاناً آمناً للاجئين المصابين بصدمات نفسية؟

NTFN e.V.

Anmeldung unter:
a.wuehle@ntfn.de
Teilnahme: kostenlos

Todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión

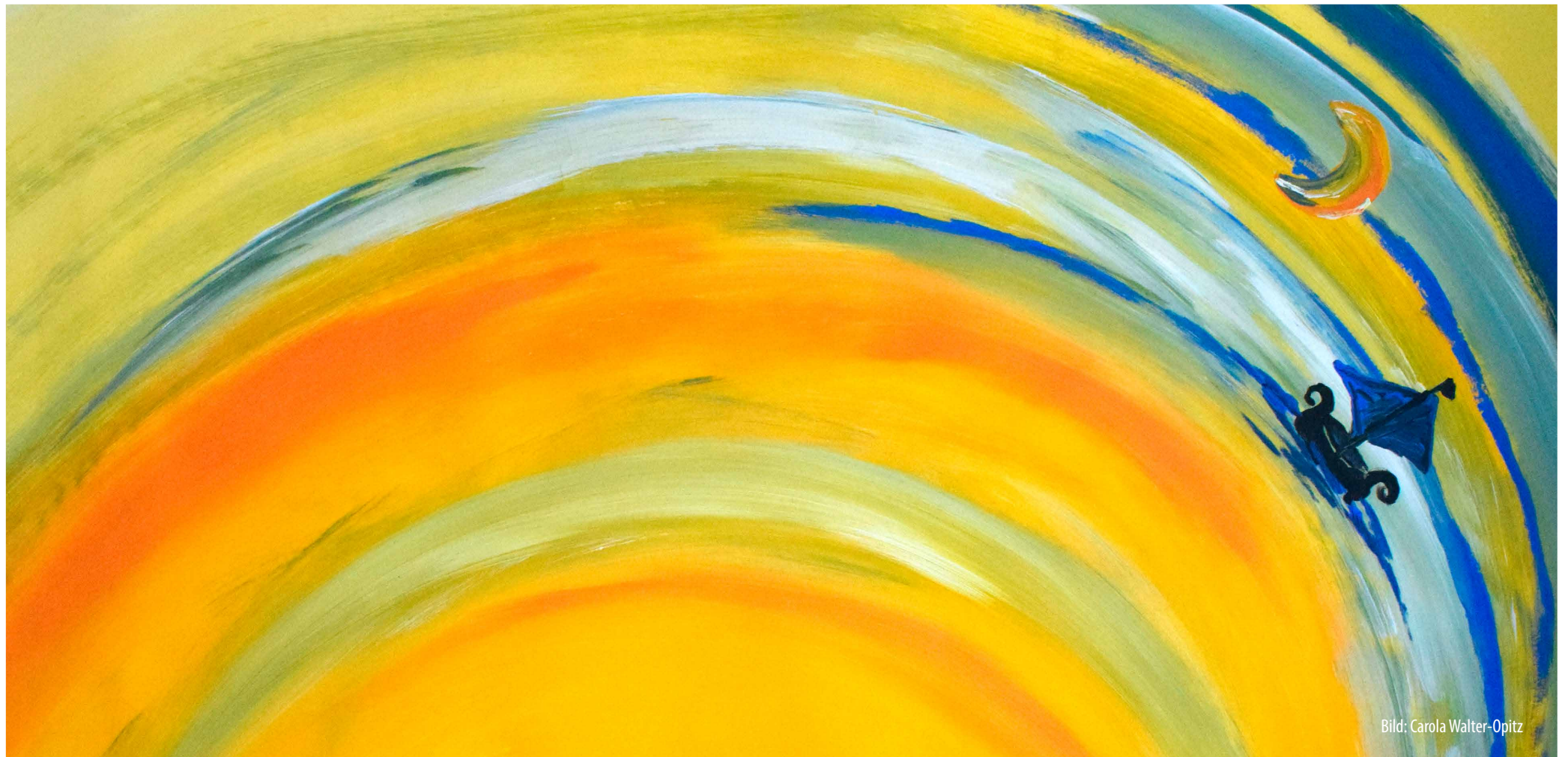


Bild: Carola Walter-Opitz

Junge Geflüchtete

Stark durch Selbstvertrauen

Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.



Jóvenes refugiados

Fortaleza por Autoestima

Esp

"Kinder und Jugendliche sind in besonderer Weise betroffen und gefährdet, Psychotraumata und Entwicklungsstörungen zu entwickeln." So heißt es in einer Handreichung des Kooperationsverbundes 'Gesundheitliche Chancengleichheit' zur Gesundheitsförderung mit Geflüchteten. Dies zeigt sich derzeit verstärkt, denn bedingt durch die Pandemie werden Teilhabemöglichkeiten weiter eingeschränkt.

Trauma und Resilienz von Geflüchteten

Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften leben und sich mit dem Virus infizierten, wurden z. B. in ein "Quarantänehotel" gebracht. Familien wurden getrennt, eventuelle Retraumatisierung durch Abholung im Dunkeln - ein bedrohliches Szenario, das manchen Geflüchteten in schlimmer Erinnerung aus ihrer Heimat bleibt - offensichtlich nicht bedacht.

Die derart isolierten Geflüchteten, darunter auch Kinder und Jugendliche, fühlten sich alleingelassen, unzureichend versorgt und von einigen Mitarbeitern des Hotels respektlos behandelt.

"Wir können was"

Die eingangs genannte Handreichung macht neben unterschiedlichen, systematischen Belastungsfaktoren darauf aufmerksam, "dass geflüchtete Menschen viele persönliche, familiäre, soziale und kulturelle Ressourcen und Potentiale mitbringen, die anerkannt, aktiviert und gestärkt werden sollten".

Dazu gehören unter anderem Problemlösekompetenzen und auch der Wunsch, Verantwortung in Deutschland zu übernehmen.

Ein Beispiel für diesen Wunsch beschreibt die hannoversche Pateninitiative IKJA e.V., die sich die Stärkung der Kompetenzen und die Partizipation junger Geflüchteter zur Aufgabe gemacht hat: "Da beim ersten Lockdown Schutzmasken zunächst Mangelware waren, wollte Alpha, ein junger Ivorer, für die von IKJA erhaltene Hilfe etwas an die Gesellschaft zurückgeben, indem er 70 Masken für das Pflegepersonal des Arbeiter-Samariterbundes nähte."

Patenschaften sind eine Möglichkeit, die Ressourcen junger Geflüchteter zu stärken. Für einen 17-Jährigen Geflüchteten bedeutet sie, "eine Familie zu kennen, die für den Rest meines Lebens immer in meinem Herzen bleiben wird. Vorher war ich wie eine Person, die die Hoffnung verloren hatte. Aber diese Familie gibt mir jedes Mal, wenn sie spricht, den Wunsch zurück, stärker als je zuvor zu sein."

Der 18-jährige Amir, der 2019 aus dem Iran nach Deutschland geflohen war, schreibt in einem IKJA-Workshop zu Resilienz über seine persönlichen Ressourcen: "Selbstvertrauen macht wirklich stark, dann werden wir uns selbst wichtiger und wenn die anderen etwas Schlimmes sagen, oder sagen, dass wir es nicht können, glauben wir an uns selbst und dann ist es nicht wichtig, was die sagen. Ein schreckliches Leben hilft uns, eine stärkere Persönlichkeit zu haben. Wir lernen von der Erfahrung und wenn etwas passiert ist und wir es geschafft haben, werden wir stärker und es wird uns leichter fallen."

Es bleibt also wichtig, sich dafür einzusetzen, systematische Benachteiligungen geflüchteter Menschen zu beenden und den Ansatz der Ressourcenstärkung durch vernetztes Handeln zu fördern.

Kontakt:
www.jkv-hannover.de
jkvhannover@gmx.de

"Niñas y jóvenes están especialmente afectadas y amenazadas de desarrollar traumas psíquicos y trastornos en su desarrollo." Así dice una información de la union 'Gesundheitliche Chancengleichheit' para la promoción de la salud con refugiadas. Esto se hace aún más evidente por la pandemia que limita más las posibilidades de participación.

Trauma y Resiliencia de Refugiados

Refugiadas que viven en casas comunes y que se infectaron por ejemplo, fueron trasladados a un "hotel de aislamiento". Familias fueron separadas, una posible retraumatización por estar trasladado en la oscuridad - un escenario amenazante que muchos recuerdan de su tierra - aparentemente ni se tomó en cuenta.

Las refugiadas así aislados, entre ellos niñas y jóvenes, se sintieron abandonadas, sin suficientes suministros y tratadas irrespetuosamente por una parte del personal del hotel.

"Nosotros podemos"

La Información mencionada subraya que aparte de diferentes factores sistemáticos de estrés, "personas refugiadas tienen muchos recursos personales, familiares, sociales y culturales que deberían ser reconocidos, activados y fortalecidos."

Entre ellos están la competencia de resolver problemas y también el deseo que asumir responsabilidad en Alemania.

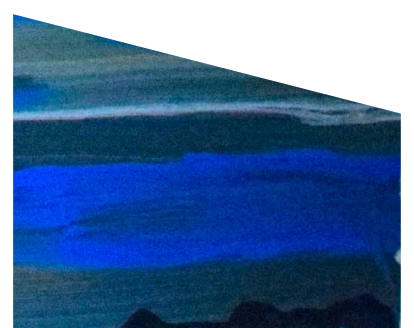
La iniciativa de compadres, IKJA e.V. que tiene el fin de fortalecer la competencia y la participación de refugiadas jóvenes, da un ejemplo para este deseo: "como en el primer lockdown faltaron cubre bocas, Alpha, un joven de Costa de Marfil, quiso

corresponder al apoyo que estaba recibiendo de IKJA, cosiendo 70 cubre bocas para los enfermeros del Arbeiter-Samariterbund."

Las familias compadres son una posibilidad de fortalecer los recursos de las jóvenes. Para un refugiado de 17 años significa "una familia que estará en mi corazón para el resto de mi vida. Antes fui una persona que había perdido la esperanza. Pero esta familia, cada vez que me habla, me devuelve el deseo de volverme más fuerte que nunca."

Amir, de 18 años quien huyó del Iran a Alemania en el 2019, en un taller de IKJA acerca de la resiliencia escribe de sus recursos personales: "autoestima nos hace realmente fuerte, nos tomamos más en serio y cuando la gente dice algo malo o dice que no podemos, creemos en nosotros mismos y ya no importa lo que diga la gente. Una vida terrible nos ayuda tener una personalidad más fuerte. Aprendemos de la experiencia y cuando pasa algo, nos fortalece y va a ser más fácil." Sigue siendo importante entonces que ayudemos a terminar la discriminación sistemática de personas refugiadas y promovamos el enfoque de fortalecimiento de recursos a través de de la acción interconectada.

Contacto:
www.jkv-hannover.de
jkvhannover@gmx.de



Erklärung der Veranstaltungssymbole:

Präsenz und
Stream

Nur Präsenz



Nur Stream



Bild: "Schnee", Siavash Osmani

Papierlos und krank

Wenn der Gang zum Arzt zur Gefahr wird

Sara Hooke, kargah e.V. - Flüchtlingsbüro

Frau A. ist nach Deutschland gekommen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Doch sie besitzt keine Papiere und ist hochschwanger. Herr C. ist aus Angst vor Abschiebung untergetaucht, lebt auf der Straße. Bei einem schlecht bezahlten Job verletzt er sich. Frau M. arbeitet ohne Arbeits-erlaubnis in Deutschland, um ihre Familie in der Heimat zu versorgen. Sie erkrankt an COVID-19 und kämpft nun mit den Spätfolgen. Wie diesen Personen ergeht es vielen Menschen in Deutschland. Sie sind nicht im Besitz von Aufenthaltspapieren und haben keine Krankenversicherung.

Schätzungsweise zwischen 180.000 und 520.000 Personen leben in Deutschland in „aufenthaltsrechtlicher Illegalität“ und sind nicht im Besitz von Aufenthaltspapieren. Die Dunkelziffern sind deutlich höher.

Personen, die nicht über Aufenthaltspapiere in Deutschland verfügen und nicht bei den zuständigen Behörden gemeldet sind, leben ohne grundlegende Krankenversicherung. Dadurch sind papierlose Personen entweder auf medizinische Hilfsorganisationen angewiesen oder müssen den Besuch bei Ärzt*innen aus eigener Tasche bezahlen. Diese Notwendigkeit kann zu finanzieller Abhängigkeit oder Ausbeutungsverhältnissen führen.

Stoßen medizinische Hilfsangebote an ihre Grenzen und ist der Gang zum*zur Fachärzt*in nicht zu vermeiden, müssen die Behandlungskosten oft selbst bezahlt werden. Ist die Person ohne Aufenthalt dazu nicht in der Lage, entsteht ein großes Dilemma.

Die betroffene Person könnte sich für die Übernahme der Behandlungskosten an die zuständige Behörde wenden – in solchen Fällen das zuständige Sozialamt. Diese Behörde kann Krankenscheine für eine Behandlung ausstellen und

übernimmt die Kosten für grundlegende, medizinische Versorgung. Allerdings ist das Sozialamt aufgrund der in §87 Aufenthaltsgesetz geregelten Übermittlungspflicht dazu gezwungen, die Person im Falle von „aufenthaltsrechtlicher Illegalität“ den zuständigen Ausländerbehörden zu melden.

„Öffentliche Stellen (...) haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie (...) Kenntnis erlangen von (...) dem Aufenthalt eines Ausländers, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt (...).“ (§ 87 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG)

Eine solche Übermittlung kann im schlimmsten Fall eine Abschiebung ins Heimatland bedeuten. Modellprojekte wie den „Anonymen Krankenschein“ zu etablieren oder Versuche, die Übermittlungspflicht für Sozialämter abzuschaffen, sind ausgelaufen oder bisher nicht geglückt.

Für papierlose Personen in „aufenthaltsrechtlicher Illegalität“ bleiben bei einer schweren Krankheit, bei der medizinische Hilfsorganisationen nicht helfen können, nur zwei Optionen: die medizinische Behandlung selbst zu bezahlen und sich ggf. in finanzielle Ausbeutungsverhältnisse zu begeben oder sich für die Übernahme der Behandlungskosten an die zuständigen Behörden zu wenden und im schlimmsten Fall eine Ausweisung zu riskieren. Finanzielle Ausbeutung oder Abschiebung? Ist diese Entscheidung mit dem Menschenrecht auf Gesundheit noch zu vereinbaren?

Info: www.kargah.de
Kontakt: info@kargah.de

Mi, 17.11. | 18 Uhr
Online-Vortrag

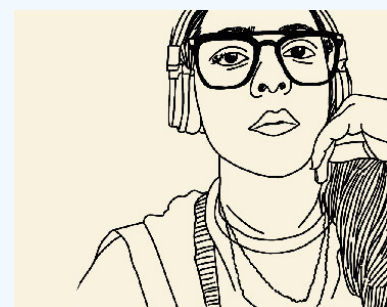
Ist das notwendig?
Eine kritische Betrachtung des
Asylbewerberleistungsgesetzes

Anmeldung unter:
beratung@kargah.de



Bild: kargah e.V. - Flüchtlingsbüro

Fr, 19.11. u. Sa, 20.11.
Online-Workshop



1. Tag ab 16 Uhr | 2. Tag ab 10 Uhr

„Rassismuskritische Haltung
entwickeln und ausüben!“

Mit Golschan Ahmand Haschemi &
Joanna Mechnich.

“Develop and exercise a critical
stance against racism!”

تطوير وممارسة موقف انتقاد العنصرية!

Stiftung Leben & Umwelt Nds.,
GreenCampus und VNB e.V.

Leider bereits ausgebucht

Sa, 20.11. | 14:30 - 16 Uhr
Tanz-Workshop



„Bewegte Zeiten“

Menschenrechte körperlich
ausdrücken.

Leitung: Sonia Rastelli

Dance Workshop:
“Moving times”

Human rights bodily expressed.

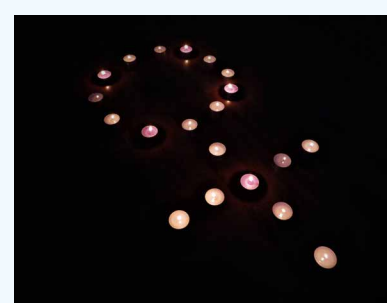
ورشة رقص
أوقات الحرك

Freizeitheim Linden

Windheimstr. 4 | 30451 Hannover
Anmeldung unter:
fzh-linden@hannover-stadt.de

Teilnahme: 8,00 € / erm. 6,40 €,
mit HannoverAktivPass 4,00 €

Mi, 24.11. | 17:30 Uhr
Online-Fachtag



„Femizide
Tötungsdelikte an Frauen“

Vorträge: Prof. Dr. Monika Schröttle
und Prof. Dr. Nivedita Prasad.

Digital Symposium:
“Femicides - murder crimes
against women”

ندوة رقمية
جرائم قتل النساء

kargah e.V., AG Migrantinnen mit
dem Referat für Frauen und Gleich-
stellung der LH Hannover

Anmeldung unter: suana@kargah.de
Teilnahme: kostenlos

VERANSTALTUNGSREIHE 2021

لكل فرد الحق في أن يلجأ إلى بلاد أخرى أو يحاول الالتجاء إليها هرباً من الاضطهاد

Medizinische Versorgung

Alle gesund? Alle versorgt?

Annika Munko, Medinetz Hannover

Medizinische Versorgung darf nicht vom Aufenthalts- oder Versicherungsstatus abhängen. Menschen, die keine gültige Krankenversicherung haben, gibt es in Deutschland aus den verschiedensten Gründen: Geflüchtete ohne Aufenthaltsstatus, ausländische Studierende, die corona-bedingt nicht zurück reisen konnten, Obdachlose und viele weitere individuelle Konstellationen. Das Anliegen von Medinetz ist es, auch für sie im Fall von Krankheit oder Schwangerschaft die erforderliche medizinische Versorgung sicherzustellen. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, das nicht von der Wohltätigkeit Einzelner oder von Spenden gemeinnütziger Organisationen abhängen darf.

Schwanger und ohne Papiere

Frauen ohne Papiere bleiben mit ihren Fragen rund um die Schwangerschaft häufig allein. Rein rechtlich steht ihnen die gleiche medizinische Unterstützung zu wie einer in Deutschland regulär versicherten Frau – von den Vorsorgeuntersuchungen über die Geburt bis zur Nachsorge durch eine Hebamme. In der Praxis gestaltet sich dies jedoch schwierig. Für die Vorsorge können sich Frauen an die offene Sprechstunde des Gesundheitsamts wenden, bei Schmerzen oder anderen Beschwerden vermittelt Medinetz an Gynäkolog*innen, die entgeltlos Termine vergeben.

Schwieriger wird es, wenn die Geburt näher rückt: Papierlose Frauen können nicht wie Asylsuchende beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen, um darüber eine medizinische Behandlung zu erhalten. Denn bei einem Kontakt zum Sozialamt droht den Betroffenen auf Grund der Übermittlungspflicht (§ 87 Aufenthaltsgesetz) die Abschiebung. So bleibt den Betroffenen nichts anderes übrig, als erst in der Notfallsituation ins Krankenhaus zu gehen und dann auf eine Behandlung entsprechend des Notfallparagrafen zu bestehen. Die Vorstellung, sich unangekündigt mit Wehen in einer Klinik vorstellen zu müssen, ist für papierlose Frauen verständlicherweise sehr beunruhigend. Plötzlich sollen Formulare wie Behandlungsverträge und Kostenübernahmen unterschrieben werden, deren Tragweite kaum zu überblicken ist, eventuell besteht zusätzlich eine Sprachbarriere.

Internationale Kritik

Dafür, dass Menschen ohne Papiere in Deutschland keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, ohne eine Abschiebung zu riskieren, gab es auch international deutliche Kritik. So forderte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Bundesregierung auf, die Übermittlungspflicht abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass Betroffene Gesundheitsdienste ohne Angst in Anspruch nehmen können.

Dieser Forderung schließt sich Medinetz an, damit auch Frauen ohne Papiere eine planbare medizini-

sche Versorgung im stationären Setting und somit eine möglichst stressarme Geburt ermöglicht wird. Das Bundesverfassungsgericht formulierte das 2012 schon treffend: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Weitere Infos: www.medinetz-hannover.de

Kontakt: medinetz-hannover@posteo.de

Bild: Elham Emambakhsh

Zur Situation Geflüchteter in der Pandemie

Im anderen Boot

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

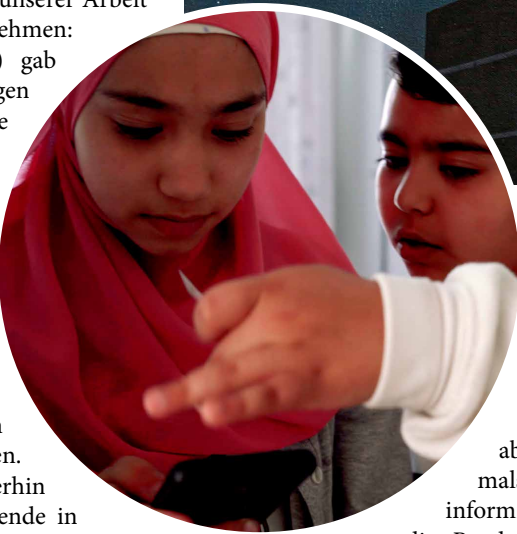
Mi شدند، بخش اعظمی از اقامتگاهها یا اردوگاه ها، گاهی اوقات کل اقامت گاه ها یا اردوگاه ها، بدون تمایز قرنطینه می شدند و برخی اوقات نیز مقررات منع رفت و آمد تحت عملیات پلیس اعمال میشده است. پناهگاه های جمعی بیشتر شبیه زندان بوده اند. با این حال ، ساکنان غالباً در مورد بیماری همه گیر اطلاعات کافی و آگاهی نداشته اند. اگر ورود کسانی که به طور داوطلب به پناهندگان کمک می کنند نیز همزمان ممنوع می بود، ترس این می رفت که اردوگاه ها به جعبه سیاه تبدیل می شدند. پناهندگان گاهی اوقات فرصتی برای تهدید کارت شناسایی و اجازه کار برای هفته ها نداشتند. بنابراین نمی توانستند کار کنند یا اوسبیلدونگ شروع کنند. برخی دیگر حتی شغل خود را از دست داده و ترس از دست دادن خانه های خود را داشته اند و چشم انداز اقامتشان نیز در خطر بوده است. وضعیت در مدارس و آموزش نیز جدی است: آموزش در خانه اغلب به دلیل کمبود رایانه و عدم دسترسی به اینترنت به ندرت یا اصلاً انجام نشده است. و هیچ شبکه اجتماعی وجود نداشته که بتواند به کودکان پناهجو کمک کند تا عقب ماندگی در درسها را جبران کنند. خانواده ها هم متأسفانه نتوانسته اند به فرزندانشان در زمینه درسی کمک کنند. کودکان پناهنده به ویژه هنگامی که در اقامت گاه های مشترک مستقر می شوند ، منزوی تر هستند و ارتباط کمتری با افراد آلمانی زبان دارند. پیامدهای آن تأخیر در یادگیری و از دست دادن مهارت های زبانی با افزایش استرس روانی است. این امر همچنین موفقیت فارغ التحصیلی یا اوسبیلدونگ آنها را به خطر می اندازد. محرومیت های قانونی که پناهندگان در معرض آن هستند در همه گیری کرونا به طور قابل توجهی تشدید شده است.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, hieß es zu Beginn der Corona-Pandemie häufig. Doch schon bald wurde klar, viele sitzen in einem anderen Boot, und zu denen gehören u. a. Geflüchtete: Während die Bundesregierung zum Schutz von Menschenleben Lockdowns beschloss, wurde und wird weiter abgeschoben. Die Corona-Situation oder Menschenrechtslage in den Zielstaaten scheinen dabei egal zu sein, wie das Beispiel Afghanistan zeigt. Entrechtung und Schlechterstellung Geflüchteter konnten wir als Flüchtlingsrat in unserer Arbeit auch in anderen Bereichen wahrnehmen: Das Robert-Koch-Institut (RKI) gab bereits im Mai 2020 Empfehlungen an die Bundesregierung und die Länder mit dem Hinweis heraus, dass die Kontaktbeschränkungen für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften umsetzbar sein müssen. Das RKI bestätigte damit frühzeitige Forderungen u. a. vom Flüchtlingsrat, die Geflüchteten aus den Lagern zu holen und in kleineren Wohneinheiten und vor allem nicht in Mehrbettzimmern unterzubringen. Stattdessen waren und sind weiterhin auch in Niedersachsen Asylsuchende in den Aufnahmeeinrichtungen mit bis zu 800 Personen i. d. R. in Mehrbettzimmern untergebracht. In vielen Gemeinschaftsunterkünften müssen sich Geflüchtete Zimmer, Sanitäranlagen und Küchen teilen. Besonders gefährdete Personen mussten z. T. den Umzug in Wohnungen, in denen sie vor dem Corona-Virus besser geschützt sind, auf dem Klageweg erstreiten. Wenn Infektionen in Unterkünften auftraten, wurden immer wieder große Bereiche, z. T. ganze Lager undifferenziert unter Quarantäne gestellt und Ausgangssperren, zuweilen unter Polizeieinsatz,

محدودیتهای تماس را برای افرادی را که در اقامتگاه های مشترک زندگی می کنند، اعمال کرد. بنابراین موسسه رابرت کخ خواسته های اولیه شورای پناهندگان مبنی بر خروج پناهندگان از اردوگاه ها و اسکان آنها در واحدهای مسکونی کوچکتر و مهمتر از همه منع اسکان در اتاقهای چند تختی را تأیید کرد. در عوض پناهجویان در نیدرزاکسن در کمپ ها و اقامتگاه هایی با پذیرش بیش از 800 نفر و معمولاً در اتاقهای چند تخته سکونت داشته و دارند. در بسیاری از این اقامتگاه ها، نه تنها اتاقهای خواب، بلکه سرویس های بهداشتی و آشپزخانه ها هم مشترک می باشند. برخی از افراد که به شدت در خطر ابتلا به کرونا بودند، برای اینکه به آپارتمانی منتقل شوند که در آنجا در مقابل کرونا محافظت شوند، مجبور به انجام اقدامات قانونی شده اند. هر زمان کسی در محل اسکان پناهجویان به کرونا مبتلا



Bild: "Fremdes Leben", Siavash Osmani



durchgesetzt. Sammelunterkünfte gleichen so eher Gefängnissen. Die Bewohner:innen aber wurden oftmals unzureichend informiert und über die Pandemie aufgeklärt. Wenn gleichzeitig ehrenamtlichen Helfer:innen der Zutritt verboten wurde, drohten die Lager, Black Boxes zu werden. Geflüchtete hatten z. T. über Wochen keine Möglichkeit, Ausweise und Arbeitserlaubnisse verlängern zu lassen. Beschäftigungen oder Ausbildungen konnten somit nicht aufgenommen werden; andere verloren gar ihre Arbeit und befürchteten den Verlust ihrer Wohnung, auch Aufenthaltsperspektiven waren gefährdet.

Dramatisch auch die Situation im Schul- und Bildungsbereich: Homeschooling geht auf Grund fehlender Computer und Internetzugänge oft kaum oder gar nicht. Und auf ein familiäres oder soziales Netz, das die Schulausfälle auffangen könnte, können sich Geflüchtete meist auch nicht stützen. Vor allem bei Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sind geflüchtete Kinder stärker isoliert und haben dabei weniger Kontakt zu deutschsprachigen Menschen. Lernrückstände und Verlust von Sprachkenntnissen bei steigender psychischer Belastung sind die Folgen. Damit geraten auch der Erfolg von Schulabschluss oder Ausbildung in Gefahr. Die Benachteiligungen und gesetzlich normierten Entrechtungen, denen Geflüchtete unterliegen, haben in der Corona-Pandemie eine deutliche Verschärfung erfahren.

Info: <https://www.nds-fluerat.org>
Kontakt: nds@nds-fluerat.org

در مورد وضعیت پناهجویان در همه گیری

در قایقی دیگر...

Pers

در مورد وضعیت مهاجران در زمان پاندمی (بیماری همه گیر کرونا) یک ضرب المثل رایج در آغاز همه گیری کرونا بود: "همه ما در یک قایق هستیم". اما به زودی مشخص شد که بسیاری در یک قایق متفاوت هستند، که پناهندگان نیز در این گروه می باشند. در حالیکه که دولت آلمان برای حفاظت از جان انسانها تصمیم به قرنطینه گرفت، در عین حال پناهندگان اخراج شدند و خواهند شد. به نظر میرسد که وضعیت کرونا یا وضعیت حقوق بشر در کشورهای مورد نظر اهمیتی ندارد، همانطور که مثال افغانستان نشان می دهد. به عنوان شورای پناهندگان، ما شاهد بوده و هستیم که پناهندگان از حقوق خود محروم بوده اند: موسسه رابرت کخ در ماه می 2020 توصیه هایی را به دولت فدرال و ایالت ها ارائه کرد با این هدف که باید بتواند

Erklärung der Veranstaltungssymbole:



Präsenz und Stream



Nur Präsenz



Nur Stream

Sa, 27.11. | 14-19 Uhr
Workshoptag



„Menschenrechte in Aktion!“
Workshops zum Thema körperliche und psychische Gesundheit

“Human Rights in Action!”

حقوق الإنسان في العمل!

Anmeldung unter:
kultur@kargah.de

Bündnis ‚Menschenrechte grenzenlos‘

Freizeitheim Linden
Windheimstr. 4
30451 Hannover
Teilnahme: kostenlos

Mehr Infos: Siehe Rückseite

29.-30.11.

Ausstellung & Diskussion



„Zusammenleben in Vielfalt“ &
„Macht Rassismus krank?“

"Living together in diversity" &
"Does racism cause illness?"

هل تجعلك العنصرية مريض؟

حلقة نقاش ومعرض عن تجارب العنصرية

Ausstellung: 29. - 30.11., ganztätig
Film & Diskussion: 29.11., 18 Uhr

IIK e.V.

Faust Warenannahme
Zur Bettfedernfabrik 1
30451 Hannover
Anmeldung unter:
info@iik-hannover.de
Teilnahme: kostenlos

Mi, 01.12. | 11 Uhr
Tischgespräche



„Frühstücken mit Freundinnen“
Austausch unter Frauen

Coffee-talk: “Exchange and
breakfast for women”

الإفطار مع الأصدقاء

Spokusa e.V.

Atelier Grammophon - Spokusa e.V.
Edwin-Oppler-Weg 5
30167 Hannover
Anmeldung unter: 0511- 70 23 60
Teilnahme: kostenlos
Bring, wenn Du magst, eine kleine
Leckerei mit.

Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion

Eine neue Sozialpolitik

Warum wir gerade jetzt ein soziales Europa brauchen

Katrin Langensiepen, Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Grünen/EFA)

Sozialpolitik wird von den EU-Mitgliedstaaten gerne als alleinige Nationalkompetenz gesehen. Dabei hört soziale Gerechtigkeit nicht an einer Ländergrenze auf. Meine Arbeit als europäische Sozialpolitikerin ist daher manchmal frustrierend, das heißt aber nicht, dass sich der Kampf für ein soziales Europa nicht lohnt – ganz im Gegenteil. Das Versprechen der EU, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, darf sich nicht auf den Aspekt Wirtschaft beschränken.

Ziel: Obdachlosigkeit und Kinderarmut verringern

Wir brauchen eine echte Sozialunion. Denn gerade jetzt im Zeitalter der Krisen – der Corona-Krise und der Klimakrise – müssen wir alles dafür tun, damit sich Armut und soziale Ungleichheiten nicht verschärfen und für gemeinsame soziale Standards sorgen.

Schon vor Corona war bereits fast jeder vierte Mensch in der EU von sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen. In zehn Jahren ist die Zahl der Obdachlosen in Europa um 70% gestiegen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2021 hat die Problematik verstanden und soziale Themen wie Obdachlosigkeit und Kinderarmut priorisiert. Bis 2030 soll die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen (darunter min. 5 Mio. Kinder) um mindestens 15 Millionen verringert werden. Damit dieses Ziel kein leeres Versprechen bleibt, muss aber auch entsprechend investiert und restrukturiert werden, gemeinsam, problemfokussiert und jenseits des Mantras der schwarzen Null.

Positiv ist hier, dass der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) sich von einem rein am Arbeitsmarkt orientierten Fonds zu einem starken Instrument gegen Armut und soziale Ungleichheiten erweitert hat. In der Umsetzung in Niedersach-

sen lag bislang ein besonderer Fokus auf der Aus- und Weiterbildung und auf den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu müssen jetzt auch Projekte kommen, die sich speziell auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten fokussieren.

Harmonisierung der sozialen Standards und Sicherungssysteme

Klar ist: Fortschreitendes und allgegenwärtiges europäisches Zusammenwachsen kann nur mit einer Harmonisierung der sozialen Standards und Sicherungssysteme einhergehen. Vorfälle wie im Spargelhof Thiermann oder beim Fleischkonzern Tönnies haben die enormen Lücken beim Sozialschutz für Saisonarbeiter*innen und für Arbeitnehmer*innen, die innerhalb der EU reisen, offengelegt. Wir brauchen eine europäische Sozialversicherungsnummer, existenzsichernde EU-Mindestlohnstandards, effektivere Kontrollen beim Arbeitsschutz.

Gleiche Arbeitsbedingungen für alle bedeutet auch, sich stärker für die einzusetzen, die systematisch auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Menschen mit Behinderungen dürfen in dieser Debatte nicht vergessen werden. In meinem mit großer Mehrheit angenommenen Bericht zur Gleichstellung im Beruf fordere ich für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten endlich einen Mindestlohn und Arbeitnehmer*innen-Status und einen Übergang zu einem inklusiven Wirtschaftssystem.

Zeiten der Krisen und des Wandels sind auch immer eine Chance, sich von alten Systemen zu verabschieden und fairere Wege zu schaffen. Die EU sollte diese nutzen.

Info: Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen | www.slu-boell.de

Kontakt: info@slu-boell.de



Bild: European Union 2019, Pressefoto Katrin Langensiepen

Interview

Zur Situation der Altenpflege in Deutschland

Stina und Julius, SDS-Hochschulgruppe Hannover

Wie empfindest du deine Situation als Pflegekraft derzeit?

Sehr schwer. Und sehr belastend, sowohl psychisch als auch physisch. Das ist auch das Gefühl vieler Kolleg*innen. Das ist kein Job, den man jahrelang machen kann. Man ist überfordert, es gibt zu viel Arbeit, zu wenig Hände, schlechtes Gehalt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Ich mache es, weil es mir viel Spaß macht, es mich glücklich macht, aber ich mache es nicht, um Millionärin zu werden. Es ist klar in der Gesellschaft, dass wir schlecht verdienen und unsere Arbeitsbedingungen nicht gut sind, aber es wird trotzdem nicht viel gemacht. Meine Lehrer*innen, die schon seit 30 Jahren in der Pflege arbeiten, sagen: „Wir hatten damals schon einen Pflegenotstand, aber jetzt ist es noch schlimmer.“ Wir haben einfach mehr Anforderungen zu schaffen und sind genauso viele Leute, oder weniger als vorher. Das ist zeitlich ganz schwierig.

Wie schätzt du die Situation der Klient*innen ein?

Wir versuchen alle unser Bestes, geben uns ganz viel Mühe und manchmal lassen wir unser Privatleben an der Seite stehen, um einzuspringen. Um da zu sein. Weil wir wissen, dass die Klient*innen nicht Schuld sind an der Situation und sie sind am Ende die Personen, die unter der Unterbesetzung und dem Zeitdruck leiden. Wir versuchen, sie das nicht spüren zu lassen, aber sie merken es. Sie sind fast alle verständnisvoll, wenn jemand krank ist und so weiter. Aber natürlich kommen permanent Beschwerden.

Wie ist es für dich als Ausländerin in der Altenpflege zu arbeiten?

Man merkt auf jeden Fall Unterschiede. Die Pflege ist sehr stark geprägt von Migrant*innen. Bei meinem Arbeitsplatz sind wir 90% Ausländer*innen. Das wird total ausgenutzt. Weil wir unsere Rechte nicht kennen, weil wir nicht organisiert

sind. Uns wurden immer nur unsere Pflichten erklärt, niemals unsere Rechte. Und wir wissen auch nicht, wohin wir gehen können, um diese Informationen zu bekommen. Das ist natürlich Absicht; mein Arbeitgeber wird niemals kommen und sagen: „Eigentlich darfst du nur sechs Tage am Stück arbeiten“, wenn er dich 21 Tage am Stück einplant. Das ist der Vorteil von deutschen Personen, die sich auskennen und sagen können: „Das darfst du nicht machen.“ Für mich war das ganz schwierig zu lernen, sagen zu können: „Das ist meine Grenze, das ist mein Recht“, weil man immer Angst davor hat, gekündigt zu werden und es ist schwierig, als Migrantin wieder einen Job zu finden.

Wie nimmst du den Blick auf Altenpflege in der Gesellschaft wahr?

Jetzt, nach Corona, hat es sich ein bisschen geändert. Mein Gefühl war bis jetzt, dass die Leute die Pflege vergessen. Man kommt in Kontakt mit der

Pflege nur, wenn man krank ist oder irgendwie Hilfe benötigt und ein gesunder Durchschnittsmensch nimmt das nicht wahr. Die bringen ihre Angehörigen her, aber haben nicht wirklich Kontakt zu uns. Ich glaube, man nimmt unsere Aufgaben schon mehr wahr, durch die ganzen Dokus, Interviews und so weiter. Aber es ist noch kein wirkliches Verständnis dafür da, was eigentlich unsere Aufgaben sind, was für eine Verantwortung wir übernehmen müssen. Wenn ich auf der Arbeit bin, hängen 30 Leben von mir ab, wenn jemand stirbt, ist es meine Schuld. Ich werde die Kripo hier haben, die fragen, warum die Person gestorben ist. Auch, wenn die 95 Jahre alt war. Aber das weiß keiner. Sie denken: „Um Ärsche zu putzen, sind 2.300 € schon ganz gut.“ Ja, aber ich arbeite 40 Stunden die Woche. Plus Überstunden. Und das wird nicht wahrgenommen. Es gibt noch ganz viel zu tun.

Kontakt: kontakt@sds-hannover.de

Erklärung der Veranstaltungssymbole:



Präsenz und Stream



Nur Präsenz



Nur Stream

Gerechte Gesundheitsversorgung

Gesundheit darf keine Ware sein!

Julia Dück, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Allen Menschen eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege zu ermöglichen, ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Denn eine gute Versorgung für alle ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.

Wie soll unsere soziale Infrastruktur aussehen?

Ökonomisierung und Sparpolitik machen genau das unmöglich. In Krankenhäusern und Pflegeheimen herrschen Zeit- und Kostendruck. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen bleiben mit der Verantwortung allein. Gesundheit ist ein Geschäftsfeld, anstatt im Sinne sozialer Infrastrukturen allen - unabhängig von Geldbeutel, sozialem Status oder Pass - zur Verfügung zu stehen. Private Unternehmen drängen auf den Markt und verschärfen die Situation. Im unter Konkurrenz- und Kostendruck stehenden Gesundheitswesen gehen sie meist noch aggressiver gegen die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten vor als landeseigene oder gemeinnützige Träger. Unter diesen Entwicklungen leidet die Qualität

der Versorgung: Patient*innen, alte Menschen oder Menschen mit Unterstützungsbedarf werden nicht gut versorgt – es sei denn, sie kaufen sich Leistungen hinzu. Das verschärft soziale Ungleichheit.

Bedürfnisse der Menschen müssen ins Zentrum gestellt werden

Notwendig ist daher ein öffentliches, solidarisch finanziertes Gesundheitssystem, in dem die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen. Die Auseinandersetzungen darum sind in vollem Gange: von den Streiks für mehr Personal im Krankenhaus, über die Selbstorganisation migrantischer Pfleger*innen bis hin zu Kämpfen für wirkliche Teilhabe und „Enthinderung“ von Menschen mit Assistenzbedarf. Bei der Pflege geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft: um die Frage, wie wir leben und alt werden wollen. Im Moment wird die Pflege zum Kostenfaktor abgewertet und ins Private verschoben. Um das System der Pflege grundlegend zu verändern, müssen die Kämpfe von Pfl-

gekräften, von Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen zusammenwirken. In Berlin gehen die Beschäftigten verschiedener Krankenhäuser 2021 bereits zum zweiten Mal in Auseinandersetzung. Sie fordern Entlastung und mehr Personal sowie eine Entlohnung nach TVöD für alle. Seit die Charité 2015 gezeigt hat, dass Streiken im Krankenhaus möglich ist, entstehen an zahlreichen Häusern, auch außerhalb Berlins, Kämpfe. Haus für Haus erstreiten Belegschaften einen Tarifvertrag „Entlastung“. Gute Gesundheitsversorgung und Pflege erfordern eine solidarische, kostendeckende Finanzierung und eine bedürfnisgerechte soziale Infrastruktur, die wirklich allen offensteht. Die Gesundheitsversorgung muss zurück in öffentliche Hand. Daher braucht es die Vergesellschaftung privater Klinik- und Pflegekonzerne und ihre Rücküberführung in Gemeinwirtschaft. Gesundheit darf keine Ware sein. Wie das konkret aussehen kann, dazu gibt es zahlreiche Beispiele unter: <https://www.rosalux.de/dossiers/gesundheit-und-pflege>

Kontakt:
kontakt@rls-nds.de

Mi, 01.12. | 18 Uhr
Film & Diskussion



„trustWHO“ (OmU)
Ein Film über die Weltgesundheitsorganisation.

A movie about the World Health Organization.

فيلم عن منظمة الصحة العالمية

Weitere Termine: Sa, 04.12. und So, 05.12., jeweils um 12 Uhr

Hometown e.V., Kino am Raschplatz, kargah e.V.

Kino am Raschplatz
Raschplatz 5, 30161 Hannover
Reservierung: (0511) 31 78 02
Eintritt: Mi, 8,00 €, Sa + So, 9,00 €

Mi, 02.12. | 19 Uhr
Vortrag



„Gesundheit unter Besatzung“
Vortrag über gesundheitliche Lage der Palästinenser*innen

Talk: "Health under occupation"

الصحة والاحتلال

Palästina Initiative Hannover
Freizeitheim Döhren | An der Wollebahn 1, 30519 Hannover
Anmeldung unter: info@palaestina-initiative.de
Teilnahme: kostenlos



"Menschlicher IQ auf der Erde", Siavash Osmani

VERANSTALTUNGSREIHE 2021

Herkes xwedî mafê jîyan, azadî û ewleyiya şexsê xwe ye

Kamela berichtet

Wie Rassismus das Ankommen gefährdet

Solá Tschaeschel, Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V.

Kamela sitzt vor mir in der Warenannahme auf dem Faustgelände, um mit mir einen Film über Rassismus-Erfahrungen in Deutschland zu drehen. Sie hat ein paar Fotos von sich als Frauenrechtlerin in Afghanistan mitgebracht, die sie uns vor dem Dreh zeigt.

Heute glänzt ihr Oberteil in einem floralen Muster, ihre Augen leuchten hinter der Brille hervor. Ihr grünes Kopftuch hat sie sich locker um den Kopf gelegt, und sie erzählt, wie unterschiedlich ihr Leben hier im Vergleich zu ihrem Leben in Afghanistan ist. In Afghanistan war sie sehr engagiert, arbeitete als Lehrerin und setzte sich für die Rechte afghanischer Frauen ein. Sie ermutigte Frauen, ihre Töchter zur Schule zu schicken, sie zu bilden. Sie sprach auch viel mit Männern und Vätern, um für die Belange von Frauen und Mädchen einzutreten.

„I was proud of my work at that time. I was so responsible there. But, when I came here, I don't know, I went through a lot of depressions. When you leave your hometown, when you leave your country, that is very difficult, to forget it so soon. That's why when I came here, I came with a lot of sorrow, a lot of depression. You know, when you leave your country, your job..."

Ihre Augen füllen sich mit Tränen, während sie spricht. Neben dem Verlust ihres Zuhauses schmerzt und lähmt sie die fehlende Anerkennung ihrer Arbeit in Deutschland. Trotz schwerer Depressionen besuchte sie einen Deutschkurs, wo sie als älteste Teilnehmerin und einzige Person mit Kopftuch wenig beachtet und nicht ernst

genommen wurde. Die psychische Belastung erschwerte zusätzlich das Lernen und ihre Lehrerin unterstützte sie nicht.

„But whenever I raised my hand to make some questions and these things, they don't help me. That's why, until now – it's ten years – I don't speak so good Deutsch.“



29.-30.11.
Ausstellung & Diskussion

„Zusammenleben in Vielfalt“
& „Macht Rassismus krank?“

Anmeldung unter:
info@iik-hannover.de

Kamelas Geschichte zeigt, wie subtil rassistische Erfahrungen sein und wie weitreichend die Folgen sein können.

Laut einer Studie der Universitätsmedizin Leipzig leiden 50 % der neuankommenden Geflüchteten unter psychischen Störungen.* Depressionen wurden hier bei 21,7 % der Teilnehmenden festgestellt, wobei 10,3 % unter schweren Depressionen litten.* Die Diagnose einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) lag sogar bei 34,9 %.*

Werden psychische Erkrankungen nicht frühzeitig behandelt, drohen sie chronisch zu werden. Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer beträgt die Wartezeit für Geflüchtete auf einen Therapieplatz ca. 7 Monate, oft auch länger. Bundesweit konnten dabei 7.600 Personen, die einen Therapieplatz gebraucht hätten, gar nicht versorgt werden.**

Mehr Infos zum Projekt Zusammenleben in Vielfalt unter: www.ziv.iik-hannover.de

Kontakt: info@iik-hannover.de

* Nesterko, Yurity (2019): Prevalence of post-traumatic stress disorder, depression and somatisation in recently arrived refugees in Germany: an epidemiological study. *Epidemiology and Psychiatric Sciences* 29, e40, 1–11.

** BAfT (2020): Versorgungsbericht. Zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland: <https://www.bptk.de/psychisch-krank-fluechtlinge-erhalten-viel-zu-spaet-psychotherapie/>

Forderungen an die Politik

„Sich gegen jede Form von Rassismus positionieren!“

Dang Chau Lam, Vietnamzentrum Hannover & MiSO-Vorstand

Bürgerrechtler Dang Chau Lam hat für das MiSO-Netzwerk Hannover e.V. Forderungen an die Politik formuliert.

Diese beinhalten Forderungen zu Asyl und Geflüchteten, antisemitischem Rassismus, antimuslimischem Rassismus/Islamfeindlichkeit und antiasiatischem Rassismus.

Die herrschende Flüchtlingspolitik in Niedersachsen ist unmenschlich. Zurzeit besteht sie aus Abschottung, Abschreckung und Abschiebung. Die MiSO-Forderungen zielen auf annehmende Bleiberechtsregelungen und Zukunftsperspektiven für Geflüchtete, Vereinfachung des Asylverfahrens, eine gerechte Wohnsituation außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften und besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Antisemitischer Rassismus

Antisemitismus zeigt sich in Deutschland durch antisemitische Demonstrationen, Bedrohung von jüdischen Menschen und Angriffen auf Synagogen und andere Einrichtungen. Daher fordert MiSO die konsequente und lückenlose Aufklärung aller antisemitischen Straftaten, das sofortige Verbot aller antisemitischen und rassistischen Organisationen, das Ende pauschaler

Verurteilung muslimischer Migrant*innen bzw. Communities als antisemitisch. Auch sollte, neben der Benennung eines Antisemitismus-Beauftragten, ein/e Antirassismus-Beauftragte/r benannt werden.

Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit

Seit vielen Jahren sehen sich Muslim*innen in Deutschland immer häufiger und extre-

mer werdenden Anfeindungen ausgesetzt. Die MiSO-Forderungen zum Thema beinhalten die sofortige Freigabe aller NSU-Akten, um diese Mordserie transparent und endgültig aufzuklären, die Sensibilisierung polizeilicher Behörden im Umgang mit den Opfern sowie Warnungen und Schutz für potentielle Opfer, keine pauschale Kriminalisierung von Opfern. Außerdem sollte der Geschichtsunterricht reformiert werden, um unterschiedlichen Rassismen entgegenzuwirken und die Verbreitung von Desinformation durch Bildung zu verhindern.



Bild: Sharaf Ahmed

Antiasiatischer Rassismus

Der antiasiatische Rassismus in Deutschland fing nicht erst mit der Corona-Pandemie an. Gewalttaten werden regelmäßig als Einzelfälle dargestellt. Erst allmählich nimmt die deutsche Gesellschaft den antiasiatischen Rassismus zur Kenntnis. Eine ernsthafte Aufarbeitung der historischen und strukturellen Zusammenhänge ist dringend geboten. Dafür müssen die Politik und die zuständigen Behörden mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen und ein Verbot antiasiatischer Organisationen prüfen. Im gesamten Bildungssystem muss eine differenzierte Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte stärker verankert werden. Wir brauchen institutionelle Strukturen, welche die gesellschaftliche Vielfalt thematisch und personell repräsentieren. Dies gilt insbesondere für den Medienbereich.

Kontakt: info@miso-netzwerk.de

Kontakt: vietnamzentrum@googlegmail.com

Info: www.miso-netzwerk.de

Erklärung der Veranstaltungssymbole:



Präsenz und Stream



Nur Präsenz



Nur Stream



Bild: Gordon Welters

Über die Gesundheitsversorgung der Palästinenser*innen

Palästina Initiative Region Hannover

Kann man von einem öffentlichen Gesundheitssystem im besetzten Palästina sprechen?

Das Budget der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) dafür beträgt für das Westjordanland und Gaza rund 344 USD pro Kopf und Jahr (Stand 2018). Israels staatliches Gesundheitssystem, in dem alle Bürger versichert sind, operiert im Vergleich mit 3.089 USD (Stand 2019) pro Kopf. Mit den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie dürften diese Ausgaben noch einmal gestiegen sein.

Das Leben unter Besatzung ist geprägt von Bewegungs- und Zugangsbeschränkungen, Behördenwillkür und mangelnder Planbarkeit. Das alles beeinträchtigt auch die medizinische Versorgung. Beschaffungslücken bei Medikamenten infolge der chronischen Haushaltskrise der PA sowie israelischer Lieferbeschränkungen bei medizinischen Geräten und Komponenten für die palästinensische Pharmaproduktion führen außerdem zu Versorgungsengpässen und erschweren oder verunmöglichen den Zugang zu fachärztlichen Behandlungen und zu medizinisch notwendigen Eingriffen erheblich.

Leben unter Besatzung

Der Mangel und die territoriale Fragmentierung durch Siedlungsbau und die Abriegelung Gazas haben zu parallelen Strukturen geführt. NGOs und die UNRWA leisten Hilfe. In 60% der besetzten Westbank (C-Zone), die vollständig unter israelischer Kontrolle steht, kümmert sich die Besatzungsmacht nicht um die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung. Die PA kann dort wegen der Osloer Verträge nur mit israelischer Zustimmung aktiv werden. NGOs sind v. a. hier aktiv. Die UNRWA konzentriert sich auf den Teil der Bevölkerung mit Flüchtlingsstatus. Für Behandlungen, die nur in Krankenhäusern im besetzten Ostjerusalem oder in Israel möglich sind, ist ein Passierschein der israelischen Besatzungsverwaltung erforderlich.

Diese werden Patienten jedoch regelmäßig auf Grund nicht näher erläuteter „Sicherheitsbedenken“ verweigert oder zu spät erteilt, so dass die Betroffenen neue Termine vereinbaren und den Prozess zur Einreise- bzw. Transitgenehmigung von vorne beginnen müssen.

Auch Krankenhauspersonal in Jerusalem, viele davon aus den besetzten Gebieten, benötigt israelische Genehmigungen, um zur Arbeit zu gelangen. Diese werden immer wieder, manchmal über Monate und Jahre, aus „Sicherheitsgründen“ verweigert oder entzogen.

All dies verhindert und verzögert oft überlebenswichtige Operationen oder Therapien, z. B. für Krebskranke. Immer wieder kommt es deshalb zu vermeidbaren Todesfällen.

Keine einzige COVID-19-Impfdosis ist bis heute (9.8.2021) in den Gazastreifen geliefert worden. Solange weder die Zugangsbeschränkungen aufgehoben werden noch der israelische Staat seiner Verantwortung als Besatzungsmacht nachkommt oder besser noch: die Besatzung beendet und Wege zu einem demokratischen Palästina beschritten werden, ist eine Änderung dieses Zustands schwer vorstellbar.

Info: Das Bild zeigt eine Mobile Klinik der Palestinian Medical Relief Society in Arab Ar-Ramadin PMRS/Westjordanland.

Kontakt: info@palaestina-initiative.de

Auszug aus dem Gedicht "Der Blitz"

نیمه شب، آنکاه که زمان نیز خفته	Wenn meine Augen nass sind, sieht er mich an
آنکاه که چشمان خیسست می نگرد مرا	Ich verschwinde in Deiner Unendlichkeit
محو میشوم در بیکرانیت	O Himmel
ای آسمان	O Riesenzone!
ای پهنه ی غول آسا!	Willst Du mit mir reden? Oder willst Du mich
می خواهی با من سخن بگویی؟ یا مرا بهراسانی؟	erschrecken?
من از تو نمی ترسم	Ich habe keine Angst vor Dir

Bild & Text v. Siavash Osmani

Di, 07.12. | 18 Uhr
Vortrag

„Flucht und Corona“

Im Fokus: Die Ungleichheit innerhalb der Gesundheitsversorgung von Menschen mit Fluchtgeschichte.

„Flight and COVID“

In focus: The inequality within the healthcare system toward refugees.

الهروب و كورونا

MiSO e.V.

Faust - Warenannahme
Zur Bettfedernfabrik 3,
30451 Hannover
Anmeldung unter:
severine.jean@miso-netzwerk.de
Teilnahme: kostenlos

Mi, 08.12. | 18 Uhr
Film & Diskussion

„Im Bazar der Geschlechter“ (Pers. OmU)

Film über die Zeitehe und Sexualmoral im Iran.

„The bazar of the sexes“

Movie about periodical marriage in Iran.

فیلم عن الزواج المؤقت في إيران

Weitere Termine: Sa, 11.12. und So, 12.12., jeweils um 12 Uhr

Hometown e.V., kargah e.V., Kino am Raschplatz

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5,
30161 Hannover
Reservierung: (0511) 31 78 02
Eintritt: Mi, 8,00 €, Sa + So, 9,00 €

Mi, 10.12.
Kundgebung

„Menschenrechte Weltweit“

Demonstration „Human Rights in the world“

حقوق الإنسان في جميع أنحاء العالم

kargah e.V., Bündnis
'Menschenrechte grenzenlos'

Ort & Zeit werden bekannt gegeben.

Teilnahme: kostenlos

VERANSTALTUNGSREIHE 2021

Alle haben das Recht auf einen Lebensstandard, der ihre Gesundheit und ihr Wohl gewährleistet.

ALLE GESUND?

Auftaktveranstaltung
Bündnis „Menschenrechte grenzenlos“



FR, 12.11. | 19 UHR
Kulturzentrum Pavillon

Lister Meile 4
30161 Hannover

Vier Aktivist*innen aus den Bereichen der Pflege, der Wohlfahrt, der Migrationsarbeit und der globalen Menschenrechtsarbeit legen den Zusammenhang zwischen sozialem Status, der Kommerzialisierung des Gesundheitssystems und einer inhumanen Gesundheitspolitik offen. Sie diskutieren Schwachstellen und entwickeln gemeinsam Ideen für eine solidarische und gerechte Gesundheitsversorgung.

Teilnahme: kostenlos.
Anmeldung unter: kultur@kargah.de

Livestream über Youtube.
Stream-Link wird per Mail verschickt.

Moderatorin **Lea Karrasch** begrüßt:



Birgit Jaster
Paritätischer Verband Nds.,
Pflege & Gesundheit



Anne Jung
Gesundheitsreferentin,
medico International



Johannes Schwietering
Arzt, Medinetz Hannover



Meike Siefker
Pflegerin, ver.di

Di, 14.12. | 19 Uhr
Ausstellungseröffnung



„flaws. Künstlerische Plakate zu
Body Positivity“

“Artistic posters about
Body Positivity”

"Body Positivity" ملصقات فنية لفيلم

Dauer: 14.12. - 28.01.2022

kargah e.V., Freizeitheim Linden

kargah Kulturkiosk
Stärkestraße 19A, 30451 Hannover
Anmeldung unter:
kultur@kargah.de
Teilnahme: kostenlos

Mi, 15.12. | 18 Uhr
Film & Diskussion



Film & Diskussion:
„COURAGE“ (OmU)
COURAGE begleitet den mutigen
und friedlichen Widerstand in Bela-
rus.

**COURAGE accompanies the cou-
rageous and peaceful resistance in
Belarus.**

الشجاعة ترافق المقاومة الشجاعة والسلمية في
بيلاروسيا

**Weitere Termine: Sa, 18.12. und So,
19.12., jeweils um 12 Uhr**

Hometown e.V., kargah e.V.,
Kino am Raschplatz

Kino am Raschplatz
Raschplatz 5, 30161 Hannover
Reservierung: (0511) 31 78 02
Eintritt: Mi, 8,00 €, Sa + So, 9,00 €

Workshop- und Aktionstag SA 27.11. | 14 - 19 UHR MENSCHENRECHTE IN AKTION!



Workshop-Programm:

1. Body images and self love [f*collective]

Wir beschäftigen uns mit den Themen Gender, gesellschaftlichen Normen sowie Körperbildern und Verhalten. Theoretisch und praktisch in einem Speeddating-Format. Wir hinterfragen gesellschaftliche Normen bezüglich Körper und wollen Selbstakzeptanz fördern. f*collective ist ein offenes, interkulturelles Frauen-Theater-Kollektiv. Sprachen: Deutsch, Englisch, Arabisch, Portugiesisch

Organisiert von: kargah e.V.

2. Gesundheit und eine soziale Frage [Poliklinik-Syndikat]

Unsere Gesundheit hängt maßgeblich von den Verhältnissen ab, in denen wir leben. Das Poliklinik-Syndikat ist ein Zusammenschluss von Projekten, die sich den Aufbau und den Betrieb solidarischer Gesundheitszentren zur Aufgabe machen. Im Workshop erfahren wir von Vertreter*innen des Syndikats, wie Behandlungen & Therapie mit sozialarbeiterischen und aktivistischen Methoden umgesetzt werden und diskutieren, wie Gesundheitsversorgung gemeinwohlorientiert und gerecht sein kann.

Organisiert von: Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. & Medinetz Hannover



Wir laden dazu ein, in verschiedenen Workshops Formen des Aktivismus zum Thema körperliche und psychische Gesundheit mit uns zu diskutieren. Wir wollen gemeinsam Forderungen und Aktionsideen rund um das Thema Gesundheit, Körper und soziale Ungleichheit entwickeln. Mit Eröffnung der Wanderausstellung „flaws. Poster zu Body Positivity“ (siehe auch 14.12.).

BÜNDNIS HANNOVER

MENSCHENRECHTE GRENZENLOS

3. Antimuslimischer Rassismus und Gesundheit [Sabrina Rahimi]

Muslim*innen und als muslimisch gelesene Menschen of Color erleben tagtäglich in Arztpraxen, Krankenhäusern und im Gesundheitssystem weniger Zugang und eine schlechtere Versorgung. Der Workshop zielt auf die Sichtbarkeit von Mechanismen von Rassismus am Beispiel von antimuslimischem Rassismus und ihre Folgen für Betroffene bei der Gesundheitsversorgung.

Organisiert von: Palästina Initiative Hannover



4. Rassismus und Allyship [Michelle Bray]

Was kann ich persönlich in meinem Umfeld tun, um Rassismus abzubauen, mein eigenes Schubladendenken zu hinterfragen? Wir wollen uns mit dem Thema Antirassismus auf der ganz persönlichen Ebene beschäftigen. Durch das Konzept „Allyship“ werden Strategien für einen konstruktiv(er) Umgang mit den eigenen Privilegien entwickelt.

Michelle Bray arbeitet diversitätssensibel und ist Trainerin im Bereich der künstlerischen und politischen Bildung.

Organisiert von: Janusz Korczak - Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.



Freizeitheim Linden
Windheimstr. 4 | 30451 Hannover

Es gilt die 3G-Regel (geimpft, genesen oder getestet)
Teilnahme kostenlos | Anmeldung unter: kultur@kargah.de

BÜNDNIS HANNOVER

MENSCHENRECHTE GRENZENLOS



Programm + Infos:

www.menschenrechte.kargah.de

Menschenrechte grenzenlos – Bündnis Hannover



Bündniszeitung MENSCHENRECHTE GRENZENLOS

Redaktion:
Wolfgang Becker, Puya Eslami, Laura Heda, Dibrin Ibrahim,
Anja Lutz, Juan Munoz Raza, Vanessa Schiwietz, Hannah
Terhorst, Jutta Meier-Wiedenbach

Projektleitung: Laura Heda, Hannah Terhorst, kargah e.V.
Gestaltung: Dimitrij Czepurnyi, Julius Paul, kargah e.V.
Druck: Druckzentrum Braunschweig
Auflage: 19.000 Exemplare

Argus print media Verlag (UG), Hannover

Für die Artikel und das dazugehörige Bildmaterial
zeichnen sich die jeweiligen Autor*innen und Organisa-
tionen verantwortlich.

Bündnispartner*innen:

